

UNI INFO

13/82
19. August

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Raapke: „Gefahren für Qualität in der Lehrerausbildung“

Minister möchte Kapazität im Grund- und Hauptschulbereich halbieren

Große Gefahren bestehen nach Auffassung von Vizepräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke auch in qualitativer Hinsicht für die Lehrerausbildung, wenn die im letzten Monat veröffentlichten Pläne des Wissenschaftsministers zur Reduzierung der Ausbildungsplätze im Grund- und Hauptschullehrerbereich umgesetzt werden. Dies gelte auch für die Universität Oldenburg. Zwar sei wahrscheinlich die Oldenburger Hochschule die einzige, in der das gesamte Spektrum der Lehrerausbildung erhalten bleibe, jedoch müsse man befürchten, daß die Struktur durch die einhergehenden Stellenstreichungen trotzdem zerstört werden könne. „Absolutes Unverständnis“ äußerte Raapke über die Ungleichbehandlung der Universität Oldenburg und Osnabrück.

Scharfe Kritik an den Ministerplänen übten auch die Präsidenten der besonders betroffenen Universitäten in Göttingen und Hannover. Ihre erziehungswissenschaftlichen Fakultäten (ehemals Pädagogische Hochschulen) sollen gänzlich liquidiert werden, obwohl beide Standorte über gut funktionierende Einrichtungen verfügen und auch die Nachfrage nach Studienplätzen bei den Studenten groß ist. Insgesamt möchte der Minister die Ausbildungsplätze für Studienanfänger pro Jahr auf 1.000 begrenzen, die wie folgt verteilt werden sollen:

Braunschweig	170
Göttingen	-
Hannover	-
Hildesheim	210
Lüneburg	210
Osnabrück	310
Oldenburg	100
insgesamt:	1.000

Damit wird nach Auffassung von Vizepräsident Raapke die Lehrerausbildung auf einen Stand Anfang der 50er Jahre zurückgeführt, der den großen Lehrermangel eingeleitet habe.

Grundsätzlich meinte der Vizepräsident, die große Lehrerarbeitslosigkeit, mit der die Reduzierungen begründet würden, brauchten keines-

wegs in dem Ausmaße bestehen, wenn nicht die Zahl der Lehrstellen politisch bewußt verknüpft würde. Der Ausbaustand der Schulen werde damit in einer Weise reduziert, die Differenzierungen innerhalb der Schule, Förderung schwächerer Schüler oder gar die notwendige Einrichtung kleinerer Klassen immer weniger zulasse.

Gleichzeitig werde mit den Plänen der Landesregierung, so Raapke, auch die Weiterbildung von Lehrern an Hochschulen unterbunden, die angesichts großer technischer und damit auch gesellschaftlicher Veränderungen unbedingt notwendig sei. Ebenso bliebe die Chance ungenutzt, die Qualität der Lehrerausbildung, vor allen Dingen den Praxisbezug, insgesamt zu verbessern.

Raapke warnte in diesem Zusammenhang davor, alle freierwerdenden Stellen der Hochschulen im Lehramtsbereich zu streichen. Damit werde die Struktur innerhalb der Fächer zerstört. Ebenso problematisch seien Pläne, einzelne Fächer an verschiedenen Hochschulen gänzlich zu streichen. Dies führe u.a. dazu, daß Studenten bestimmte sinnvolle Fächerkombinationen, die u.a. auch die Prüfungsordnungen vorsehen, gar nicht studieren könnten. Zu der Ungleichbehandlung der Uni-

versitäten Oldenburg und Osnabrück sagte Raapke, sie sei mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz wohl kaum zu vereinbaren. Hier werde so getan, als ob der Außenstandort Vechta der Universität Osnabrück eine eigene Hochschule sei. Mit 310 Studienplätzen im Grund- und Hauptschullehrerbereich in der Hochschule in Osnabrück (davon in Vechta 210) seien dreimal so viel Ausbildungsplätze wie in Oldenburg vorgesehen.

gh

GEW-Kongreß zur Friedenserziehung

Kundgebung in Esterwegen

Am 1. und 2. September findet in der Universität ein Kongreß zur Friedenserziehung statt, der gemeinsam von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Niedersachsen und dem DGB-Kreisverband Oldenburg unter Beteiligung der Universität veranstaltet wird. Im Rahmen des Kongresses wollen die Teilnehmer auch am 1. September, dem Anti-Kriegstag, den KZ-Friedhof von Esterwegen besuchen und dort an einer Kundgebung um 17.30 teilnehmen.

Eröffnet wird die Veranstaltung am 1. September um 10.00 in der Aula mit einem Grundsatzreferat durch den GEW-Bundesvorsitzenden Dr. Dieter Wunder über die gesellschaftliche Verantwortung des Lehrers. Professor Dr. Dieter Senghaas (Universität Bremen) wird anschließend über „aktuelle Probleme der Friedenserziehung“ reden. Einen wichtigen Bestandteil werden auch die Erfahrungsberichte über die Friedensbewegungen in den USA, den Niederlanden und Dänemark bilden.

Am 2. Tag soll in Arbeitsgruppen über „Gewerkschaftliche Ziele der Friedenseinrichtung“, „Probleme mit Inhalten der Friedenserziehung in der Schule“ und über „Probleme der Durchsetzung und Durchführung von Unterrichtseinheiten zur Friedenserziehung“ gesprochen werden. Den Abschluß wird eine Podiumsdiskussion bilden zum Thema „Verändert die Friedensbewegung die Politik?“

Neue Zeiten für Veranstaltungen

Der Senat hat mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschlossen, daß mit dem Beginn des Sommersemesters 1983 vom bisher üblichen Rhythmus der Lehrveranstaltungen - 9.00 bis 11.00, 11.00 bis 13.00 - abgegangen wird. Die ersten Veranstaltungen beginnen in Zukunft um 8.00. Auf Antrag des AstA beschloß der Senat bei einer Enthaltung, den Lehrenden zu empfehlen, ihre Veranstaltungen so zu planen, daß am Mittwoch nachmittags keine Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Auf diese Weise soll dazu beigetragen werden, daß die Teilnahme an der Selbstverwaltung der Hochschule gewährleistet wird.

Neuer Dekan im Fachbereich 2

Zum neuen Dekan des Fachbereichs 2 Kommunikation/Ästhetik wurde der Germanist Prof. Dr. Wolfgang Rohde gewählt. Er studierte Deutsche Philologie, Allgemeine Sprachwissenschaft, Allgemeine Literaturtheorie und Deutsche Literaturgeschichte sowie Philosophie an den Universitäten München und Hamburg. Nach dem Studium arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent für Allgemeine Sprachwissenschaft an der Universität Hamburg und an der Technischen Universität Hannover. 1974 wurde er an die Universität Oldenburg berufen. Fachgebiet: Linguistik.



3. Oldenburger Symposium zur psychologischen Akustik

Vom 8. bis 11. September findet in der Katholischen Tagungs- und Bildungsstätte in Bad Zwischenahn das 3. Oldenburger Symposium zur Psychologischen Akustik statt, zu dem etwa 40 Referenten aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und Japan erwartet werden. Veranstalter sind die Psychologen Professor Dr. August Schick und Privatdozent Dr. Klaus-Peter Walcher (beide Universität Oldenburg). Finanziell getragen wird das Symposium von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst. Im Mittelpunkt des Symposiums, auf dem von über 30 Experten Vorträge gehalten werden, steht die Belastbarkeit des Menschen durch Lärm, die Folgen von zu großer Lärmbelastung, aber auch die Problematik von unterschiedlichen Meßverfahren, mit deren Hilfe Lärm wissenschaftlich erfaßt wird.

Eingeleitet wird das Expertensymposium mit einem öffentlichen Vortrag des Frankfurter Arbeitspsychologen Professor Dr. Friedhelm Burkard über „Psychologische Empfehlungen für den Arbeitsschutz unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Lärmforschung“ am 8. September im Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte. Burkard gilt als der Experte in der Bundesrepublik für Lärmforschung am Arbeitsplatz. Er ist auch Mitarbeiter und Vorsitzender in deutschen

und internationalen Normungsausschüssen sowie Berater der Europäischen Kommission in ergonomischen Forschungsfragen.

Wechsel in der Uni-Leitung

Am 1. August hat der Informatiker Professor Dr. Peter Gorny sein Amt als Zweiter Vizepräsident angetreten. Er ist Nachfolger von Professor Dr. Peter Köll. Am 1. Oktober wird der Biologe Professor Dr. Horst-Kurt Schmincke die Nachfolge von Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke antreten, der nach dreijähriger Tätigkeit als Beauftragter des Ministers und als Erster Vizepräsident aus der Universitätsleitung ausscheidet. Raapke bleibt weiter Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL).

Eröffnung am 15. Oktober

Der neue Zentralbereich am Uhlhornsweg wird im nächsten Monat der Universität übergeben. Die offizielle Eröffnung soll allerdings erst in Anwesenheit des Wissenschaftsministers am 15. Oktober stattfinden. Bereits am 3. September wird das Richtfest für die naturwissenschaftlichen Gebäude in Wechloy stattfinden.

Streichungen im ZpB werden überprüft

Minister reagierte auf zahlreichen Protest

Nach Einschätzung der Mitarbeiter des ZpB haben die vielen Proteste gegen die Streichung von zwei Stellen im ZpB zu der Anfang August erfolgten Ministerreaktion geführt. In einem Schreiben an den Leiter des ZpB, Detlef Spindler, erklärte der Wissenschaftsminister, Dr. Johann-Tönnes Cassens, er werde die Auswirkungen prüfen, die der Wegfall einer BAT 1b-Stelle zum 1.1.1983 für die Arbeit des ZpB habe. Außerdem könne die Stelle nach BAT 1a zu mindestens bis 1985 wiederbesetzt werden.

Ob allerdings die bisherigen Stelleninhaber, die wissenschaftlichen Mitarbeiter Ulrich Steinbrink und Wolfgang Fichten, je auf ihre Stellen zurückkehren können, ist äußerst zweifelhaft. Denn auch der Wissenschaftsminister bestätigte, daß ihre Beurlaubung vom Schuldienst nicht weiter verlängert würde. Sie haben bereits ihre Tätigkeit in der Schule wieder aufgenommen. Eine Rück-

kehr für sie käme nur in Frage, wenn der Minister zusicherte, daß die bisher zur Streichung vorgesehenen Stellen als Dauerstellen bestehen bleiben.

Dazu das ZpB: „Die notwendige Korrektur ist nicht erreicht. Doch eines macht der Ministerbrief deutlich: Die Stellenstreichungen waren nicht so begründet, wie man es von so einem harten Schritt hätte erwarten dürfen.“ Die Mitarbeiter des ZpB dankten in diesem Zusammenhang denjenigen innerhalb und außerhalb der Hochschule, die sich für die Belange des ZpB eingesetzt haben und bitten sie, weiterhin für die Erfüllung der Forderungen einzutreten. Dabei geht es, so das ZpB, in der Tat nicht nur um die personelle Absicherung von Mitarbeitern, sondern vielmehr um die Qualität der Lehrerausbildung: den Erhalt der Kooperationsbeziehungen mit den Schulen und angemessener Arbeitsbedingungen für Studenten, Lehrende und Lehrer.

Personalrat befürchtet Entlassung

Der Personalrat hat in einem Schreiben an den Präsidenten seine Empörung über die vom Wissenschaftsminister angeordnete Überprüfung geäußert, ob gegen die Verwaltungsangestellte Waltraut Dröge wegen ihrer DKP-Kandidatur arbeitsrechtliche Konsequenzen zu ziehen seien. In dem Schreiben heißt es: „Wir befürchten, daß diese Überprüfung nach dem Willen des Ministers auf Entlassung von Frau Dröge hinauslaufen soll. Von Anfang an er-

klären wir mit aller Deutlichkeit, daß ein solches Vorhaben vom Personalrat abgelehnt wird.“ Der Personalrat berief sich in diesem Zusammenhang sowohl auf den Artikel 3 des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt werden darf, als auch auf das Personalvertretungsgesetz (§ 66), wonach der Personalrat darüber zu wachen hat, daß jede unterschiedliche Behandlung von

Bediensteten wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung unterbleibt. Die Aufforderung des Ministers an den Präsidenten, aufgrund ihrer politischen Betätigung arbeitsrechtliche Konsequenzen zu prüfen, sei bereits eine Verletzung von Rechten. Eine engagierte Kollegin, die seit Jahren gut und zuverlässige Arbeit für die Universität leiste, solle mundtot gemacht werden, heißt es weiter in dem Schreiben. gh

19. Arbeitstagung zur Integration Behinderter

Dozenten für Sonderpädagogik in Oldenburg

Die Dozenten an den sonderpädagogischen Studieneinrichtungen in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz sowie die Dozenten des Faches Sonderpädagogik an der Universität Groningen werden vom 30. September bis zum 2. Oktober 1982 zur „19. Arbeitstagung der Dozenten für Sonderpädagogik“ in der Oldenburger Universität erwartet. Das Treffen steht unter dem Leitthema „Integration“.

Nach einer Mitteilung der Akademischen Räte Dipl.Päd. Gerhard H. Duismann und Dr. Klaus Klattenhoff, die für den Studiengang Sonderpädagogik im Fachbereich 1 „Pädagogik“ die organisatorische Planung und Durchführung der Tagung übernommen haben, soll den Behinderten-, Heil- und Sonderpädagogen in erster Linie ein breiter Erfahrungsaustausch angeboten werden. Probleme und Perspektiven von Forschung und Lehre zu dem gewählten Leitthema stehen dabei im Mittelpunkt. Ferner sollen Informationsmöglichkeiten über laufende und geplante Arbeitsschwerpunkte angeboten werden können.

Während der Tagung, zu der etwa 200 Wissenschaftler erwartet werden, sollen in acht Arbeitsgruppen die verschiedenen wissenschaftlichen Ansätze und Überlegungen vorgestellt und diskutiert werden. Folgende Bereiche bestimmen die einzelnen Gruppen: Früh- und Elementarbereich; schulische Integration Behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher - Didaktik und Methodik; Modelle zur schulischen Integration behinderter Kinder und Jugendlicher; Durchlässigkeit im Schulsystem; Berufsvorbereitung und Berufsbildung Behinderter und ihre Integration in das Produktions- und Beschäftigungssystem; Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung Behinderter und psychisch Kranker in den Werkstätten für Behinderte; Familie; Soziale Netzwerke.

Auch außerhalb dieser Arbeitsgruppen können Werkstattberichte über laufende Forschungsvorhaben zur Frage der Integration vorgestellt werden.

Ausweitung der Überprüfungen

Der Senat hat in einem einstimmigen Beschluß dagegen protestiert, daß der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst den vom zuständigen Fachbereich beschlossenen Lehrauftrag „Krieg und Frieden aus sozialpsychologischer Sicht“ für Dr. Harald Werner im Sommersemester 1982 aus politischen Gründen nicht genehmigt hat. Stattdessen habe die Landesregierung eine politische Überprüfung eingeleitet, die zu dem Ergebnis führen könne, Werner wegen seiner Kandidatur für die DKP von der Wahrnehmung von Lehraufgaben an Hochschulen auszuschließen. Wörtlich heißt es in dem Senatsbeschluß weiter: „In diesem Vorgehen sieht der Senat eine weitere und schwerwiegende Ausweitung der Berufsverbote-Praxis“. Der Senat weist darauf hin, daß hier eine politische Überprüfung nach dienst- bzw. arbeitsrechtlichen Kriterien stattfindet, ohne daß überhaupt ein Arbeits- oder Dienstverhältnis begründet wird.“ Weiter fordert der Senat die Universitätsleitung auf, der Praxis des Ministers entgegenzutreten und auf die Einstellung des Prüfungsverfahrens gegen Werner zu dringen.

Workshop-Beiträge über Kolonisation

Die Vorträge, Referate und Diskussionen vom internationalen Workshop im Rahmen des Kooperationsvertrages der Universitäten Groningen und Oldenburg sind jetzt erschienen unter dem Titel „Innere und äußere Kolonisation. Zur Geschichte der Ausbreitung Europas auf die übrige Welt“, herausgegeben von Jos Gerwin und Gottfried Mergner. Die Broschüre - mit einem Vorwort von Universitätspräsident Dr. Horst Zille - umfaßt 180 Seiten und ist in der Bibliothek der Universität zu erhalten.

5. Ringvorlesung:

„Regionale Energiepolitik“

Fünf Vorlesungen und eine Podiumsdiskussion behandeln im Wintersemester 1982/83 an der Universität das Thema „Regionale Energiepolitik“. Initiator dieser Veranstaltungsreihe ist der Kooperationsausschuß, der im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Oldenburg und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Niedersachsen, sowie der Bildungseinrichtung Arbeit und Leben Niedersachsen gegründet wurde.

Professor Dr. Dr. Wolfgang Ströbele vom Fachbereich 4 „Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“ hält am Donnerstag, 4. November, den Einführungsvortrag über „Energiepolitische Optionen für Niedersachsen bis zum Jahr 2000“. Am 25. November erläutert Nikolaus Schmidt, DGB-Landesbezirk Niedersachsen, die „Energiepolitische Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Ad van der Biggelaar, FNV Amsterdam, spricht am 16. Dezember über den „Energiepolitischen Standort des holländischen Gewerkschaftsbundes FNV“.

Dr. Martin Meyer-Renschhausen, Universität Oldenburg, setzt sich am 13. Januar 1983 mit dem „Problem der Sondergewinne in der westdeutschen Öl- und Gasgewinnung“ auseinander. Mit „Dezentralen Technologien zur rationalen Energieversorgung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen“ beschäftigt sich Hubert Weskämper, ebenfalls Universität Oldenburg, am 27. Januar 1983. In der abschließenden Podiumsdiskussion am 10. Februar 1982, die ebenso wie alle anderen Veranstaltungen um 18.00 beginnt, setzen sich

Verfassungsschutz und Professoren

Über die Zuverlässigkeit der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes im Vergleich zur Beurteilung der Studenten durch Hochschullehrer berichtet ein Schreiben der Bezirksregierung Weser-Ems an den Absolventen der Oldenburger Universität, das ehemalige ELAB-Personalratsmitglied Günter Orendi:

„Der Kommission haben Stellungnahmen Ihrer Ausbilder sowie von verschiedenen Institutionen vorgelegen. Ein Teil dieser Stellungnahmen beschränkte sich auf politische Meinungsäußerungen und war daher für die von der Kommission abzugebende Prognose über Ihre Verfassungstreue unerheblich. Andere jedoch beruhten auf der persönlichen Kenntnis des Schreibenden von Ihnen und Ihrem Unterricht aus der Zeit Ihrer Ausbildung. Diese attestierten Ihnen fachliche und pädagogische Qualifikation und bestätigten Ihre politische Toleranz im Unterricht. Die Kommission nahm diese Stellungnahmen ernst. Ihr war bewußt, daß Lehrer und Professoren eines Bewerbers während der Ausbildung ein zuverlässigeres Bild von ihm gewinnen können, als es aufgrund der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörde aus der Studienzeit möglich ist. Durch die Stellungnahmen der Ausbilder wird nach Überzeugung der Kommission hinreichend belegt, daß Sie im Unterricht nicht erkennbar versucht haben, Schüler im Sinne der marxistisch-leninistischen Doktrin zu beeinflussen oder negativ gegenüber dem Grundgesetz einzunehmen. Dies ist grundsätzlich ein Indiz dafür, daß Sie auch künftig insoweit Ihrer Verfassungstreuepflicht genügen werden. Die Kommission sah jedoch Ihre Aktivitäten für die Ziele der DKP und des MSB Spartakus auch gegenüber diesen Bekundungen für so schwerwiegend an, daß sie trotz der günstigen Stellungnahme Ihrer Ausbilder nicht zu der Überzeugung gelangte, daß Sie jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten werden“.

Schriftenreihe der Universität Oldenburg

Band 1

Friedrich W. Busch / Hans-Dietrich Raape (Hrsg)

Johann Friedrich Herbart

Leben und Werk in den Widersprüchen seiner Zeit
Neun Analysen, 136 Seiten, 1976, Pappband, DM 25,-

Band 2

Friedrich W. Busch u.a. (Hrsg)

Vergleichende Erziehungswissenschaft in der Lehrerbildung
Eine internationale Bestandsaufnahme, 204 Seiten, 1978, kartoniert, DM 29,50

Band 3

Herbert Schwab

Schulräte und Politik

Sozialwissenschaftliche Analyse des Funktionswandels von Schulaufsicht am Beispiel der politischen Bildung
199 Seiten, 1979, kartoniert, DM 30,-

Band 4

Andries Postma / Jens Windelberg (Hrsg)

Entwicklung in der holländischen Nordregion und Nordwestregion Bundesrepublik Deutschland
Beiträge von Wissenschaftlern der Universitäten Groningen und Oldenburg, 128 Seiten, 4 Karten und graphische Darstellungen, 1981, kartoniert, DM 30,-

Band 5

Wolfgang Günther (Hrsg)

Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg

Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, 320 Seiten, 8 Karten, 1981, kartoniert, DM 30,-

Band 6

Jost v. Maydl (Hrsg)

Bildungsforschung und Gesellschaftspolitik

Zum 60. Geburtstag von Wolfgang Schulenberg
14 Beiträge von Wissenschaftlern über Bildungsforschung, Erziehung und Erwachsenenbildung, 244 Seiten, 1982, kartoniert, DM 30,-

Band 7

Günter Alfs / Manfred Rabes

Kennu so war es...

Genpowskis Familiengeschichte „Tadellöser & Wolff“ im Urteil des Publikums

Herausgegeben und mit einem Forschungsbericht versehen von Manfred Dierks, 160 Seiten, 1982, kartoniert, DM 30,-

Heinz Holzberg Verlag Oldenburg

Die bisher erschienenen Bände wurden u.a. gefördert von der Universitäts-Gesellschaft Oldenburg, von der Oldenburgischen Landschaft und dem Land Niedersachsen.

ELAB in der Kontroverse

Zweiter Dokumentenband vorgelegt

Der zweite Dokumentenband einer von Mitarbeitern des Zentrums für pädagogische Berufspraxis herausgegebenen und auf sechs Bände angelegten Dokumentation zur Einphasigen Lehrerausbildung ist soeben erschienen. Die Fertigstellung dieses 640 Seiten umfassenden Bandes verzögerte sich, so daß er bis zum Ende des Semesters nicht mehr vorgelegt werden konnte.

Auch wenn der Band nun zu einem wenig „publikumsträchtigen“ Zeitpunkt herauskommt, verdient er gleichwohl das besondere Interesse der Hochschulangehörigen sowie der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit. In diesem Band werden nämlich die bildungspolitischen Auseinandersetzungen um den Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung erstmals umfassend und geschlossen dargestellt.

Aus der Aufarbeitung der Geschichte des Modellversuchs läßt sich entnehmen, daß die einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg von Beginn an unter einem „schlechten Stern“ stand. Zum einen war der Modellversuch eine bildungsreformerische „Spätgeburt“, die in dem Moment, als sie an der Universität Oldenburg ins Leben trat, bereits nicht mehr in die veränderte bildungspolitische Landschaft paßte. Zudem wurde die Realisierung des Reformvorhabens durch ein

Wechselbad aus quantitativen Engpässen und Defiziten, mangelnden rechtlichen Absicherungen und Rahmenvorgaben sowie periodisch aufflackernden und mit der Zeit an Schärfe zunehmenden Attacken aus der konservativen, anti-reformerischen und standespolitischen Ecke erschwert. Die entsprechenden Zusammenhänge sind in dem genannten Band der „Dokumentation“ in zahlreichen Kommentaren und Dokumenten belegt. Gleichzeitig stellt der Dokumentenband eine Fundgrube für jeden Leser dar, der sich für die Entwicklung und den Verlauf von Konzeptionen zur Lehrerausbildung in der BRD in den Jahren 1974 bis 1980 interessiert. In diesen Jahren ist mit der Realisierung des Modellversuchs „Einphasige Lehrerausbildung“ auch ein wichtiges Stück Geschichte der Universität Oldenburg geschrieben worden.

Während in diesem Band die bildungspolitischen Auseinandersetzungen im Vordergrund stehen, werden in einem dritten Band der „Do-

kumentation“, der im Herbst dieses Jahres erscheinen wird, die konkreten Probleme bei der Umsetzung und Realisierung des Modellversuchs dargestellt. Der neu erschienene Band der „Dokumentation“ ist, wie alle übrigen Bände der Reihe, im Zentrum für pädagogische Berufspraxis erhältlich.

Wolfgang Fichten

Hochschulgruppe ändert Namen

Die „Liste Büttmeyer“, seit Jahren als Hochschulgruppe an der Universität vertreten, wird in Zukunft den Namen „Mittelbauliste“ führen. Dieser Name soll nach Angaben der Gruppe zum Ausdruck bringen, daß sie im Gegensatz zu anderen Hochschulgruppen im Bereich der Lehrenden keine Bindung an die Hochschul-lehrer eingegangen ist, sondern sich auf die Vertretung der Interessen der wissenschaftlichen Mitarbeiter beschränkt - trotz ihrer gelegentlichen journalistischen Charakterisierung als „sozial-liberal“ - nicht in erster Linie an der Durchsetzung eines bestimmten parteipolitischen Programms im Hochschulbereich interessiert ist, sondern sich als unabhängige Liste versteht. Als neuer Sprecher wurde Dr. Werner Schmeirein, Fachbereich 5, nominiert.

ZpB: Ärger mit Telefonanlage

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) bemüht sich um die Installation einer neuen Telefonanlage, nachdem jetzt festgestellt wurde, daß ein technisch bedingter Mangel bei der derzeitigen Telefonanlage zu Verärgerung bei einigen Anrufern geführt hat: Das ZpB verfügt über zwei Leitungen; wenn auf der einen Leitung ein Gespräch lag, konnte ein Gespräch, das auf der anderen Leitung ankam, nicht registriert und damit auch nicht weitervermittelt werden, der Anrufer hatte gleichwohl ein Freizeichen in der Leitung. Dieser Umstand führte bei Anrufern zu dem Eindruck, daß im ZpB niemand anwesend ist oder daß Telefongespräche nicht angenommen werden. Diesem zu Mißverständnissen führenden Zustand soll nun abgeholfen werden, damit die Mitarbeiter des ZpB jederzeit von allen Gesprächspartnern erreicht werden können.

Gericht untersagt dem AStA allgemeine politische Stellungnahmen

In einer einstweiligen Verfügung hat das Oldenburger Verwaltungsgericht dem AStA der Universität Oldenburg untersagt, zu einem „Anti-Imperialismus-Tribunal“ aufzurufen, das sich gegen die Aufrüstungspolitik der USA und der NATO und gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa wendet sowie gegen die Interventionspolitik der USA in Zentralamerika. Die einstweilige Anordnung hatte der Student Hartmut Heger beantragt, der nach eigenen Angaben dem Ring Freirechtlicher Studenten (rfs) angehört. Heger möchte vor dem Verwaltungsgericht auch erreichen, daß der Namenszug „Carl-von-Ossietzky-Universität“ vom AVZ-Turm abmontiert werden muß.

Nach Ansicht des Gerichts kann das einzelne Mitglied verlangen, daß die Zwangskörperschaft, dem es zeitweise angehört, die Grenzen einhält, die durch die gesetzlich nominierte Aufgabenstellung gezogen sind. Zu diesen Aufgaben gehören gem. § 50, Abs. 3 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) ausschließlich die Vertretung der Gesamtheit der Studenten der Hochschule im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Befugnisse, die politische Äußerungen und Stel-

lungnahmen, die nicht auf die Hochschule bezogen seien, nicht umfassen.

Nach Auffassung des AStA ist eine Trennung in ein hochschulpolitisches und ein allgemeinpolitisches Mandat nicht möglich. In einer Stellungnahme erklärte er, hinter der Forderung nach Beschränkung auf die sogenannten „unmittelbaren Hochschulbelange“ stehe die Absicht, eine wirksame Wahrnehmung der studentischen Interessen zu verhindern. Ohne den inhaltlichen Bezug zu anderen Bereichen herzustellen, sei nämlich aktive Hochschulpolitik überhaupt nicht möglich. Die Hochschule sei kein gesellschaftlich unabhängiger Bereich, der losgelöst von allen anderen gesellschaftlichen Bewegungen gesehen werden könne. Wenn es zum Beispiel darum ginge, sich für die materielle Absicherung des Studiums einzusetzen, müßten die Studenten auch in der Lage sein, zu sagen, woher das Geld dafür kommen solle. Die Forderung nach Kürzung des Rüstungsetats und der Zuwendung von Haushaltsmitteln und Staatsleistungen an Großkonzerne stellten deshalb den unverzichtbaren Bestandteil einer Politik der konsequenten Interessensvertretung dar.

Der AStA hat inzwischen beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde gegen die einstweilige Anordnung des Oldenburger Verwaltungsgerichts eingereicht. Hat er dort keinen Erfolg, können Verstöße gegen den jetzigen Beschluß teuer werden.

In mehreren Stellungnahmen hatten zuvor die Gremien der Universität eine Beschneidung des politischen Mandats für den AStA durch die Gesetzgeber kritisiert. Präsident Dr. Horst Zilleßen begründet dies in einem Interview mit dem AStA vor gut einem Jahr mit der Bemerkung, grundsätzlich gehöre es zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität, daß sie sich auch zu Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung äußere. Er halte politische Stellungnahmen umso notwendiger, je mehr das jeweilige Thema in der allgemeinen Diskussion entweder vernachlässigt oder nur einseitig behandelt werde. Die Grenze zwischen dem, was hochschulpolitisches Mandat, und dem, was als allgemein politisches Mandat der Studentenschaft beschrieben werde, sei außerdem nur schwer auszumachen. Die Übergänge seien zu fließend.

gh

Gastkommentar



Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Turner, über das Verhältnis von Hochschule und Öffentlichkeit

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hatte 1971 eine Erklärung zur Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen und zur Einrichtung von Presse- und Informationsstellen beschlossen. Darin wurde in Anerkennung der Fülle von Aufgaben, der Höhe des Schwierigkeitsgrades und des Ausmaßes an Verantwortung, die diesem Sektor zukommt, eine Minimalausstattung vorgeschlagen, die eine sach- und verantwortungsgerechte Aufgabenerledigung ermöglichen sollte.

Ein Vergleich der Wirklichkeit mit diesen Modellvorstellungen gibt Anlaß zum Erschrecken. Die Ursachen, die diesem Auseinanderklaffen von als notwendig Erkanntem und tatsächlich Realisiertem zugrundeliegen, sind auf verschiedenen Ebenen verteilt. Das Blockieren der Realisation solcher Vorstellungen durch Länderfinanzministerien wurde diesen in der Regel durch das Ausbleiben parlamentarischer Initiativen leichtgemacht. Die zuständigen Wissenschafts- und Kultusministerien zeigten auch nur wenig Neigung, Initiativen einzelner Hochschulen befürwortend weiterzuleiten. Aber auch die meisten Hochschulen müssen sich fragen lassen, welche Schritte überhaupt seit dem Beschluß von 1971 getan worden sind.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bleibt der Ausstattungsstand weit hinter der vorgeschlagenen Minimalausstattung zurück. In einer Zeit, als die Hochschulen den Wandel ihres Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit bedauern, hätten sie allen Anlaß gehabt, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren und auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Selbstmitleid und verbale Gesprächsbereitschaft reicht nicht aus; zu verschieden sind die Sprachen von Wissenschaft und Öffentlichkeit, zu weit ist die Kluft zwischen Hochschule und Umwelt, als daß die Wissenschaftler der Hochschule sie allein überbrücken könnten.

Wissenschaftsjournalismus, der über die Massenmedien gerade diesen mühsamen Bürger erreichen will, muß sich mit einer ganzen Reihe von Problemen auseinandersetzen. Das Grundlegende liegt darin, daß Journalismus und Wissenschaft in ihrer Arbeitsweise entgegengesetzt sind. Wissenschaft ist ein langwieriger Prozeß, der, auch wenn Ergebnisse vorliegen, niemals abgeschlossen ist. Demgegenüber braucht der aktuell arbeitende Journalist die Nachricht, das präsentable fertige Ergebnis, die Schlagzeile. Die Arbeit des Journalisten besteht unter anderem im Weglassen und Überspitzen, im Verkürzen und Vereinfachen. Genau das sind Arbeitsweisen, die in der Wissenschaft nicht zulässig sind. Der erfolgreiche Journalist, das heißt der, der die Menschen auch erreicht, kann jedoch ohne diese Arbeitsweisen nicht auskommen.

So kommt in der Diskussion um das Bild der Hochschulen in der Öffentlichkeit der Bereich der wissenschaftlichen Leistung der Hochschulen immer noch zu kurz. Das Schlag-

wort von der Popularisierung der Wissenschaft darf nicht länger ein Schlagwort bleiben. Dies ist nicht in erster Linie ein Appell an die Wissenschaft, also letztlich an jeden einzelnen Wissenschaftler an der Hochschule, der hierzu seinen Beitrag zu leisten hat. Es gilt auf der Seite der Wissenschaft die Auffassung auszuräumen, daß ein Forschungsergebnis veröffentlicht werden ist, wenn es in einer Fachpublikation erschienen ist, die praktisch unter Ausschuß der Öffentlichkeit zirkuliert. Wenn die wissenschaftliche Leistung das Bild der Hochschule in der Öffentlichkeit mitbestimmen soll, ist es auch nicht damit getan, daß über sie auf speziellen Wissenschaftsseiten, die in regelmäßigen Abständen oder auch nur sporadisch in großen überregionalen Zeitungen erscheinen, berichtet wird. Sorgfältig redigierte und von wissenschaftlichen Beratern begleitete populärwissenschaftliche Magazine, oder auch die Minderheitenprogramme der Rundfunkanstalten, haben in dem Bereich des Wissenschaftsjournalismus wesentliche Schrittmacherdienste geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, daß es für Wissenschaftler nicht mehr grundsätzlich anrüchlich ist, mit Journalisten zusammenzuarbeiten und außerhalb ihrer eigenen Fachpublikationen zu veröffentlichen. Auf diesen wichtigen Vorarbeiten gilt es aufzubauen.

Wer also ernstlich für die Ausweitung des Wissenschaftsjournalismus im Sinne einer Darstellung und Diskussion wissenschaftlicher Ergebnisse und Leistungen auch in aktuellen Massenmedien eintritt, wird sich noch stärker als bisher dafür einsetzen müssen, daß organisatorische, finanzielle und personelle Vorkehrungen getroffen werden, die es den Hochschulen möglich machen, ihre Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Sektor zu professionalisieren und zu systematisieren.

Dennoch herrscht bei der Knappheit an Mitteln und Stellen offensichtlich das Bewußtsein, daß der Öffentlichkeitsarbeit eine untergeordnete Position zukommt. Ja, bei einigen Hochschulen ist sogar zu verzeichnen, daß Hoffnungen und Ansätze zur Professionalisierung zurückgezogen werden und der Öffentlichkeitsarbeit für ein hochkomplexes Gebilde, wie es eine Universität darstellt, weniger Bedeutung und Spielraum zubilligt wird, als dies selbst bei kleineren Behörden wie Landratsämtern der Fall ist. Diese Entwicklung wird auf die Hochschulen insgesamt zurückgeschlagen, deshalb gilt es ihr zu begegnen. Mein Appell, mehr für die Systematisierung und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule zu tun, richtet sich also an Ministerien und Parlamente, aber auch an diejenigen, die in den Hochschulen Verantwortung tragen: von den Pressestellen muß viel erwartet werden - aber erst, wenn die organisatorischen, finanziellen und personellen Vorkehrungen getroffen sind, die es ihnen ermöglichen, diesen Erwartungen zu entsprechen.

Zahl überproportional hoch

Die Zahl der Studienanfänger an der Universität Oldenburg ist im Studienjahr 1981 um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 1453 gestiegen. Damit liegt die Hochschule über dem Bundesdurchschnitt, der zehn Prozent im gleichen Zeitraum betrug. Insgesamt ist die Zahl der Studenten in diesem Jahr auf über 6.600 geklettert, wovon etwa 470 Studienanfänger sind (Sommersemester 1982). Dabei hält der Trend - mehr Diplom weniger Lehramt - auch in Oldenburg deutlich an.

Obwohl sich im SS 1982 nicht mehr Studienanfänger als vor einem Jahr eingeschrieben haben, ist der Anteil der Lehrerausbildung in diesem

Sommersemester um 25 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Diplomstudenten um über ein Drittel gestiegen. Schon im Studienjahr 1981 (SS 81 und WS 81/82) hatten sich etwa gleichviel Diplomstudenten (657) wie Lehrerstudenten (689) immatrikuliert.

Durch die hohen Studienanfängerzahlen im WS 1981/82 hat die Studentenschaft im Sommersemester 82 um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Der Lehrerausbildungsanteil beträgt insgesamt noch 54 Prozent (1981 56%), der Diplomanteil 43 Prozent (1981 41%).

Überproportional erhöhte sich der Anteil der Diplomstudenten in den

Naturwissenschaften. Im Sommersemester 1981 strebten 442 ein Diplom an, heute sind es über 600. Stärkstes Fach bleibt Pädagogik mit über 1000 eingeschriebenen Studenten. Starke Zunahme verzeichnen auch Ökonomie mit 421 (SS 81 : 302) und Sozialwissenschaften mit 542 Studenten (SS 81 : 413). Mit weiterem Wachstum der Studentenzahl verschlechtert sich die Personal-Studenten-Relation rapide. Auf eine wissenschaftliche Stelle kommen heute etwa 17 Studenten. Im Jahr der Universitätsgründung lag das Verhältnis noch etwa 1 zu 11. Die Überlast, die den Hochschulen nach der Kapazitätsverordnung zugemutet wird, hat die Universität bald mit 100 Prozent (!) erreicht.

Zum zweiten Mal Tafel entfernt

Als eine „Nacht- und Nebelaktion“ hat das Aktionskomitee Emslandlager e.V. die Entfernung seiner Informationsstafel vom Eingang des KZ-Friedhofs Esterwegen durch die Bezirksregierung Weser-Ems bezeichnet. Mitglieder des Arbeitskreises wurden erst nach der Entfernung davon benachrichtigt.

Bereits vor drei Jahren hatte die Bezirksregierung das Aufstellen dieser Tafel untersagt, die Auskunft über den KZ-Friedhof und die 15 Emsland-Lager geben soll. Nach massiven Protesten wies Innenminister Möcklinhoff die Weser-Ems-Regierung zurecht und erlaubte die Anbringung der Tafel, bis die Landesregierung selbst für umfassende Informationen gesorgt habe.

Nach Meinung der Weser-Ems-Regierung ist dieser Zeitpunkt jetzt gekommen. Mit dem Denkmal, das die Landesregierung auf dem KZ-Friedhof errichtet habe, sei die Informationsstafel überflüssig. Vorher hatte sie die Entfernung der Tafel damit begründet, daß nicht, wie behauptet, Tausende sondern nur 1.200 Tote dort begraben seien. Und außerdem habe es sich bei den Insassen zumeist um vor ordentlichen Gerichten nach bestehenden Gesetzen verurteilte Strafgefangene gehandelt.

Nach Meinung Pastor Falkes aus Esterwegen ist das von der Landes-

regierung erbaute Mahnmal keine Gedanken- und Informationsstätte, sondern allenfalls ein „Baudenkmal“. Umfassende Informationen fänden sich darin mitnichten, dafür Fehler und mißverständliche Formulierungen. So werde wieder unterschieden zwischen Verfolgten des Nationalsozialismus (1933 - 1936) und westeuropäischen Widerstandskämpfern aus den Jahren 1943 und 1944 einerseits und Straf- und Untersuchungsgefangenen andererseits, die das KZ von 1936 - 1945 bevölkert hätten. Damit werde die Annahme suggeriert, bei den Strafgefangenen habe es sich nur um Kriminelle, nicht aber auch um politisch Verfolgte gehandelt. Wie dazu die Promotionsstudentin Elke Suhr, die sich seit Jahren mit den Emslandlagern beschäftigt, erklärte, seien auch die von der Landesregierung angegebenen Jahreszahlen nicht richtig. Bereits 1934 sei Esterwegen formell in ein Justizgefängnis umgewandelt worden und damit auch mit Strafgefangenen belegt worden.

In diesem Zusammenhang räumte Frau Suhr ein, daß der Text der Tafel von 1979 sicherlich verbesserungswürdig sei. Er enthalte jedoch immer noch mehr und der Realität näherstehende Informationen als das Denkmal der Landesregierung. Wirklich umfassende Informationen könnten nur im Rahmen eines Dokumenta-

tions- und Informationszentrums, wie es das Aktionskomitee und die Universität Oldenburg seit Jahren forderten, gegeben werden.

Das Informationszentrum soll auf dem Gelände des KZ Esterwegen, das heute von der Bundeswehr genutzt wird, errichtet werden. Die Möglichkeit dafür hat der Bundesverteidigungsminister bereits geschaffen, indem er einen Teil des Terrains „auf Dauer zugunsten des Aktionskomitees“ zur Verfügung gestellt hat.

Im Juli dieses Jahres fand auf dem Gelände bereits der 2. Internationale antifaschistische Workcamp Esterwegen '82 mit 60 Jugendlichen aus verschiedenen Ländern Europas statt. Er wurde zusammen vom Jugendamt Bremen, dem Service Club International (SCI), der DGB-Jugend Bremen/Niedersachsen und dem AStA der Universität veranstaltet. Dabei wurden auch Vorarbeiten für die geplante Errichtung des Informationszentrums geleistet. Die Arbeiten sollen im nächsten Jahr beim 3. Workcamp fortgesetzt werden. Bis dahin hoffen die Initiatoren, sowohl vom Verteidigungsministerium wie von der Gemeinde Esterwegen für die Nachbildung einer KZ-Baracke eine Baugenehmigung zu erhalten, in der gleichzeitig das Informationszentrum untergebracht werden soll.

gh

wöltje
Bilder-Service

Zum Start in die Saison:

Starke Preissenkung
für Qualitäts-Bilder!

7x7 nur 29 Pf

9x13 nur 59 Pf

7x10 nur 39 Pf

10x15 nur 69 Pf

So preiswert sind jetzt Erstkopien!

● Beste Bildqualität ● Schnell-Entwicklung: Heute gebracht, übermorgen fertig (gilt für Entwicklung mit je 1 Normalbild, Ausnahme von Mo. bis Do.) ● „I.O.-Bild“-Garantie: Verackelte, unscharfe u. falsch belichtete Bilder brauchen Sie nicht zu nehmen.
● Persönliche Bedienung und Fachberatung.

Als Preis- und Qualitätsgarant ist WÖLTJE, Oldenburg, sehr bekannt!

WÖLTJE hat Tiefpreise mit Tiefpreis-Garantie.

Gremienterminplan für das WS 82/83

Für das Wintersemester 1982/83 wurde folgender Terminplan für die Gremiensitzungen festgelegt:

- 6.10.82 Senat
- 13.10.82 ZSK/FBR
- 20.10.82 HPK
- 27.10.82 Senatskommissionen
- 3.11.82 Senat
- 10.11.82 ZSK/FBR
- 24.11.82 HPK
- 1.12.82 Senatskommissionen
- 8.12.82 Senat
- 15.12.82 ZSK/FBR
- 5. 1.83 HPK
- 12. 1.83 Senatskommissionen
- 19. 1.83 Senat
- 26. 1.83 ZSK/FBR
- 2. 2.83 HPK
- 9. 2.83 Konzil/Senatskomm.
- 16. 2.83 Senat
- 23. 2.83 ZSK/FBR
- 2. 3.83 HPK
- 9. 3.83 Senatskommissionen
- 16. 3.83 Senat
- 23. 3.83 ZSK/FBR

Die Termine liegen alle am Mittwoch; in der Regel beginnen die Sitzungen der Zentralen Gremien um 9.00.

Abkürzungen: HPK = Haushalts- und Planungskommission, ZSK = Zentrale Studienkommission, FBR = Fachbereichsräte.

Z-Prüfung 1982

An folgenden Tagen findet in diesem Jahr die Z-Prüfung 1982 statt:

1. Fremdsprache / Mathematik am Mittwoch, 29.9.82, 13.00 Uhr
2. Klausur (Allg. Teil) am Mittwoch, 13.10.82, 13.00 Uhr
3. Mündliche Prüfung (allg. Teil) am Freitag, 15.10.82,
4. Klausur (Fachteil) am Freitag, 12.11.82, 13.00 Uhr
5. Mündliche Prüfung (Fachteil) am Sonnabend, 20.11.82.

Personalien • Personalien • Personalien • Personalien •

Professor Dr. Klaus Floret hat im Fachbereich 6 „Mathematik/Informatik“ den Ruf auf die C 4-Professur „Funktionalanalysis und numerische Mathematik“ angenommen. Floret, geboren 1941 in Mannheim, studierte von 1962 bis 1969 in Heidelberg und Kiel Mathematik, wurde 1969 in Kiel promoviert, 1971 habilitiert und 1976 zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Er war Gastprofessor an der TU Berlin (1975/76) und der State University of New York in Buffalo (1977/78). Seine Veröffentlichungen befassen sich hauptsächlich mit Fragen der Funktionalanalysis, einem Teilgebiet der Mathematik, das versucht, klassische Fragen der Analysis (etwa über Differential- und Integralgleichungen oder Approximation bzw. Optimierung) mit modernen Methoden zu beantworten.

Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, Vizepräsident der Universität, ist von der Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission für vier Jahre zu ihrem Mitglied gewählt worden. Raapke wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vorgeschlagen.

Professor Dr. Rosemarie Nave-Herz, Sozialwissenschaftlerin im Fachbereich 3, wurde vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in den Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Ministeriums berufen. Der Beirat hat die Funktion, den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in allen Fragen der Familienforschung und Familienpolitik zu beraten.

Professor Dr. Jürgen Dieckert, Hochschullehrer für Sportpädagogik/Sportgeschichte im Fachbereich 5 und zur Zeit Gastprofessor an der Bundesuniversität Santa Maria in Brasilien, wurde vom Bundesministerium für Erziehung und Kultur in Brasilia als einziger Ausländer in das

neu geschaffene Gremium zur Entwicklung und Förderung der Sportwissenschaft in Brasilien berufen. Ferner erhielt er den Auftrag, einen modellartigen „Freizeitsport-Park“ zu entwickeln, der den Gemeinden in Brasilien zur Verwirklichung in den Stadtteilen empfohlen werden soll.

Professor Dr. Jens Thiele, Hochschullehrer im Fach Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation mit dem Schwerpunkt 'Massenmedien' im Fachbereich 2, wurde vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in die Jury des Deutschen Jugendliteraturpreises berufen. Die Berufung gilt für die zweijährige Amtsperiode 1983 und 1984. Die Jurytätigkeit bezieht sich auf die Sparte Bilderbuch.

Professor Dr. Herbert Uppendahl, Hochschullehrer für Didaktik der Sozialkunde/Vergleichende Regierungslehre im Fachbereich 3, hielt zur 400-Jahr-Feier der Universität Würzburg einen Vortrag zum Thema „Der demokratische Staatsbürger in der responsiven Demokratie“.

Professor Gert Selle, Hochschullehrer für Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation im Fachbereich 2, hielt in der Hochschule für Gestaltung, Offenbach, den Vortrag „Das deutsche Wohnzimmer - ein historischer Abrund des Nicht-Ich oder was heißt Identitätsbalance in diesem vertrauten Absurditätenkabinett?“

Professor Dr. Heinrich Besuden, Hochschullehrer für die Didaktik der Mathematik im Fachbereich 6, wird vom 1. September bis zum 22. Dezember auf Einladung als Gastdozent am Central Connecticut State College in New Britain, USA, lehren.

Professor Dr. Klaus Brake, Hochschullehrer für Raumplanung im FB 3, nimmt als einer der Referenten der Bundesrepublik am 22. Europä-

ischen Kongreß für Regionalwissenschaften teil; in der Sektion „Urban and Regional Labour Markets“ spricht er über „Rezession, funktionale Arbeitsteilung und räumliche Disparitäten“.

Professor Dr. Bernd Mütter, Geschichtsdidaktiker im Fachbereich 3, hat in Siegen einen Vortrag auf Einladung der dortigen Gesamthochschule/Universität gehalten. Er sprach über das Thema „Die Geschichtsdidaktik als eigenständige Wissenschaftsdisziplin (Brandt, Nohl, Weniger)“.

Prof. Dr. Peter Köll, Chemiker im Fachbereich 9, ist zum C 4-Professor „Organische Chemie“ ernannt worden. Köll hatte vorher eine C 3-Professur.

Dr. Steven F. Perry, Biologe im Fachbereich 7, wurde im Fach Zoologie habilitiert.

Dr. Volker Segers ist zum Bibliotheksrat ernannt worden.

Dr. Bernd Wagener, bisher wissenschaftlicher Angestellter an der Universität, ist zum Akademischen Direktor ernannt worden.

Zu Akademischen Räten ernannt wurden:

- Dr. Klaus Klattenhoff zum Akadem. Rat z.A. für das Fachgebiet „Sonderpädagogik mit dem Schwerpunkt Lernbehindertpädagogik“ im FB 1
- Dr. Klaus Köster für das Fachgebiet „Grundlagen und Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ im FB 4
- Annegret Neuroth zur Akademischen Rätin z.A. im FB 3
- Dr. Richard Stinshoff im FB 2
- Dr. Manfred Wittrock im FB 1

Als wissenschaftliche Angestellte wurden eingestellt:

- Dr. Axel Brehm im FB 9
- Dr. Jürgen Hasse im FB 3, Fachgebiet Geographie

Im Dienstleistungsbereich wurden eingestellt:

- Anne Barkemeyer als Raumpflegerin im Dez. 4
- Helmer Diers als Elektriker für Schwachstromanlagen im Dez. 4
- Edith Henkel als Raumpflegerin im Dez. 4
- Alexandra Hennich als Raumpflegerin im Dez. 4
- Kilian Köbrich als Chemielaborant im Forschungsvorhaben ZETWA: „Dinradikale“ bei Prof. Kaupp im FB 9
- Reinhard Oetken als Haus- und Hofarbeiter im Dez. 4
- Eva-Maria Schulz als Raumpflegerin im Dez. 4
- Angelika Sievers als Fremdsprachenassistentin im FB 7
- Ingrid Wiegner als Raumpflegerin im Dez. 4

Aus der Universität ausgeschieden sind:

- Wilhelm Norden, wiss. Assistent im FB 3
- Rolf Richter, Verwaltungsangestellter im Dez. 1.2

Termine für das Sommersemester 83

Der Senat hat in seiner Sitzung am 7. Juli folgende Termine für das Sommersemester 1983 beschlossen:

- Beginn des Sommersemesters: 1. April 1983
- Beginn der Lehrveranstaltungen: 8. April 1983
- Orientierungswoche: 5. bis 7. April 1983
- Ende der Lehrveranstaltungen: 2. Juli 1983
- Ende des Sommersemesters: 30. September 1983.




**Spedition
Möbeltransport
International
DEUS**

TEL. (04 41) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88



Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-
maschinen mit Service und Garantie.

Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische
Typenrad-Schreibmaschinen ab 898 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

Verkauf und Service in Oldenburg:

eb/ ERLBECK
BÜROTECHNIK
Donnerschwer Straße 91
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

**BÜCHER FÜR STUDIUM
UND BERUF**



**aus der
collectiv-Buchhandlung**
Donnerschwerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49
2900 Oldenburg

Für Optik - Foto -
Film - Kino + Projektion
sind wir Ihr richtiger Partner.

**Dipl.-Optiker
WALTER**
Inh. W. D. Heß

staatl. gepr. Augenoptiker
Fachministerielle Beratung
Kurwicker Str. Ecke Mottestr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unent-
behrlicher Begleiter auf
dem Weg durch Ihr
Studium

★

In unserer wissenschaft-
lichen Abteilung finden
Sie die für Sie notwendigen
Bücher in großer Auswahl

B&G

1871 1971

**BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS**
Lange Str. 57 - Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

Kopieren • Sortieren • Einbinden

**KOPIER
DIENST**

• KOPIER-AUFTRAG-SERVICE •
Examensarbeiten schnell u. gut

Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 63 74

KOPIERPREIS
je Stück

DIN A 4 DM **0,12**

Naturläufer



Der besondere
Schuh aus
Bad Honnef
„Der Schuh“
seit es Schuhe
gibt

Alleinverkauf
in Oldenburg

EGGERS
jetzt in der City
Baumgartenstr. 8
Tel. 1 30 07

HOTES
Möbeltransporte seit 1888
prompte, fachmännische Abwicklung
Uferstraße 74 2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 64 44

Junge Mode
Kleinkram
Schmuck

VAREL
SCHLOSSPLATZ 3
OLDENBURG
LANGE STR. 16
WASSERWYSTR. 48
LEER
MULLENSTR. 54
WILHELMSHAVEN
KIELER STR. 4

BAUEN

MODERNISIEREN

KAUFEN

UMSCHULDEN



Ein erfüllbarer Wunsch für alle, die jetzt handeln!
In unserem Hause erhalten Sie - überschaubar und unbürokratisch - die Gesamtfinanzierung aus einer Hand. Erfahrene Mitarbeiter beraten Sie ausführlich und sagen Ihnen klipp und klar, welche Monatsbelastung unterm Strich für Sie herauskommt.

Für die Angestellten des öffentlichen Dienstes steht in unserem Hause eine Spezialabteilung zur Verfügung. Unser Herr Weber berät Sie gerne. Rufen Sie ihn an. Telefon-Nr. 04 41 - 22 22 - 123

V Volksbank Oldenburg eG